

EDITORIAL

Theo Sommer

Asien hat im Jahre 2004 viele Schlagzeilen gemacht. Fünfundfünfzig Prozent der Weltbevölkerung leben dort. Asien ist die Heimat der dynamischsten Nationalökonomien unserer Gegenwart. Nirgendwo sonst wächst der Außenhandel schneller; nirgendwo sonst sind die Sparquoten höher; und nirgendwo sonst werden so viele Leistungsbilanz-Überschüsse erwirtschaftet und solch riesige Devisenreserven angesammelt (500 Milliarden US\$ allein in China, 100 Milliarden mittlerweile in Indien).

Wenn die westlichen Beobachter an Asien denken, dann konzentrieren sie sich meist auf diese wirtschaftlichen Aspekte – mit beiläufigem Staunen die einen, mit Befürchtungen über eine neue "Gelbe Gefahr" die anderen. Aber das asiatische Wirtschaftswunder ist nur die eine Seite der Medaille. Nicht minder eindrucksvoll ist das politische Wunder, das sich in Asien vollzogen hat. Eine Weltregion, in der die Demokratie noch vor zwanzig Jahren nur in Japan, Indien und Sri Lanka Wurzeln geschlagen hatte, erlebt einen demokratischen Frühling ohne Beispiel.

Das Jahr 2004 war im asiatisch-pazifischen Raum ein Jahr der Wahlen. In Taiwan, Südkorea und Indonesien, in der Mongolei und den Philippinen, in Malaysia, Indien und Japan gingen die Bürger an die Urnen. Die vier erstgenannten Länder waren vor zwei Jahrzehnten noch regelrechte Diktaturen. Nun machten sie auf höchst demokratische Weise von dem Recht Gebrauch, ihre Regierungen frei zu wählen – sie zu bestätigen in einigen Fällen, sie aus dem Amt zu jagen oder ihnen wenigstens einen Denkkzettel zu verpassen in anderen.

Drei Dinge haben die Wahlergebnisse klar gemacht.

Erstens: In ganz Asien macht die Demokratie Fortschritte – selbst dort, wo sie sich erst jüngst eingewurzelt hat. Wo sie aber schon auf eine längere Tradition zurückblicken kann, funktionierte sie auf lehrbuchartige Weise. In Indien kam es zu einem Machtwechsel, wie ihn kaum jemand erwartet hatte. Die Wahlparole vom "leuchtenden Indien" verfiel nicht: 800 Millionen Inder auf dem flachen Land, die von den Segnungen der indischen IT-Revolution und den hohen Wachstumsraten wenig bekommen hatten, schickten die BJP des Premierministers Vajpayee in die Wüste, wobei sie sich zugleich von den Hindu-Nationalisten distanzierten, die dem laizistischen Indien (Nehru: "ein säkularistischer Staat in einem religiösen Land") ihren Stempel aufzudrücken trachteten. Auch in Südkorea reagierten die Wähler anders, als die professionellen Politik-Gurus prophezeit hatten: Sie vertrauten die parlamentarische Herrschaft auf Zeit zum ersten Mal den Liberalen an, nicht den Konservativen, die jahrzehntelang an der Spitze des Landes standen. Das Establishment wurde abgewählt.

Zweitens: Nirgendwo in dem weiten Bogen von Australien bis Malaysia haben sich radikale Islamisten durchsetzen können. In Indonesien – dessen 235 Millionen Einwohner zu neun Zehnteln Muslime sind – trat ein halbes Hundert Parteien erst zur Parlamentswahl, dann zur Wahl des Präsidenten an. In dem immer wieder von Terrorakten (Bali), Aufständen (Aceh) und Unruhen (Sumatra, Molukken) erschütterten Land hatten die radikalen Islamisten keine Chance; von den Verfechtern eines islamischen Gottesstaates vermochte nicht einer die Voraussetzungen zu einer Kandidatur zu erfüllen. Auch die beiden gemäßigt-islamischen Gruppierungen mussten sich mit einem mageren Ergebnis zufrieden geben. Im größten muslimischen Staat der Erde wurde so die These widerlegt, dass Islam und Demokratie nicht zusammengehen. Ähnliches war in Malaysia zu beobachten. Das Land ist zu 60 Prozent muslimisch, doch die Parti Islam musste im Kampf gegen die Regierungspartei herbe Verluste hinnehmen.

Drittens: Es fällt auf, dass der demokratische Gärungsprozess an China bislang vorbeigegangen ist. Was immer im Untergrund des Reichs der Mitte grummeln mag – an die Oberfläche dringt davon wenig, oder besser: Es bleibt unterdrückt. Die Partei hat die Entkommunisierung des Landes auf dem Felde der Wirtschaft zugelassen, doch die Fäden der politischen Macht hält sie weiterhin fest in der Hand. In Hongkong hat sie jüngst versucht, die dort herrschende – und nach dem Grundsatz "Ein Land, zwei Systeme" im Grundgesetz parteiamtlich approbierte – Demokratie zurückzuschneiden. Zwar ist diese Demokratie ohnehin eng begrenzt, doch Beijing war sie gleichwohl ein Dorn im Auge. Die heftige Reaktion der Hongkonger gegen das Diktat aus der fernen Hauptstadt zwang die Zentralregierung freilich wieder zum Rückzug. Die Stadt am Perlenfluss bleibt ein Pfahl im Fleisch der roten Gralshüter – und damit, wer weiß bis wann, die potenzielle Keimzelle einer Demokratie im gesamten Reich der Mitte. Auch in Nordkorea ist von politischem Tauwetter nicht das Geringste zu spüren.

Das große Thema der Neunzigerjahre war die Öffnung der asiatischen Volkswirtschaften zum Weltmarkt. Das große Thema des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrhundert ist die Vertiefung und Reifung demokratischen Denkens und Handelns, zumal im asiatisch-pazifischen Raum. Im Wettlauf der Kulturen, im Wettbewerb der großen Wirtschaftsregionen hat Asien glänzende Aussichten. Ökonomisch ist es auf der Überholspur. Jetzt holt es auch die Modernisierung – Verwestlichung? – seiner politischen Strukturen und Verfahren nach; die Demokratie schlägt Wurzeln. Ist dieser Entwicklung Dauerhaftigkeit beschieden, so wird sich der vielfach behauptete Gegensatz zwischen "asiatischen Werten" und westlichen Wertvorstellungen weiter abschleifen.